

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

6. – 13. Oktober 2023

Emmanuel Macron hat am 12. Oktober die Vorsitzenden aller im Parlament vertretenen Parteien über die Situation in Israel informiert. Er sagte dem Land in diesem Kontext die bedingungslose Unterstützung Frankreichs zu. Kritik an der französischen Diplomatie hält der Staatspräsident für nicht gerechtfertigt. Derzeit werden noch 18 Franzosen vermisst; Frankreich tue alles um die Sicherheit der Geiseln sicherzustellen, so Macron. Im Rahmen einer Fernsehansprache auf dem Sender TF1 warnte Emmanuel Macron vor einem Überschwappen des Konflikts auf Frankreich – die jüdische Gemeinde in Frankreich gelte es zu schützen. Der französische Innenminister Gérald Darmanin hat am 12. Oktober ein Verbot pro-palästinensischer Demonstrationen in Frankreich sowie die Verhaftung der Organisatoren und „Unruhestifter, die die öffentliche Ordnung stören“ angeordnet.

Die französische und die deutsche Regierung haben sich zu Wochenbeginn im Rahmen einer gemeinsamen Kabinettsklausur getroffen. Mit dem neuartigen Format wollen Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron die deutsch-französische Freundschaft voranbringen. Bei den Diskussionen ging es u.a. um künstliche Intelligenz und die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten Scholz und Macron, dass Deutschland und Frankreich fest an der Seite Israels stehen.

Der Gesetzentwurf zur Vollbeschäftigung wurde am 10. Oktober in erster Lesung von der Nationalversammlung mit 310 zu 251 Stimmen verabschiedet. Es handelt sich bei dem Text um eine Vereinbarung zwischen dem Präsidentenlager und der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains (LR). Neben den drei Fraktionen der Mehrheit (Renaissance, MoDem und Horizons) stimmten nur bürgerlich-konservative Abgeordnete für den Text, der von der Exekutive als „neue Etappe“ auf dem Weg zur Vollbeschäftigung – d. h. einer Arbeitslosenquote von 5 % der Erwerbsbevölkerung gegenüber derzeit 7,1 % - bis zum Jahr 2027 vorgestellt wurde. Der Gesetzentwurf, der im Juli vom Senat verabschiedet wurde, reformiert insbesondere das „Aktive Solidaritätsabkommen“ (RSA); Erwerbslose werden nun zu einer 15-stündigen Tätigkeit pro Woche verpflichtet.

Im Zusammenhang mit der Affäre um angebliche Wahlkampfgelder aus Libyen für Frankreichs ehemaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy ermittelt die Justiz rund um Zeugenbeeinflussung gegen den früheren Staatschef. Ermittlungsrichter leiteten am 6. Oktober ein Ermittlungsverfahren gegen Sarkozy ein, erklärte die Finanzstaatsanwaltschaft. Sarkozy liefert sich seit Jahren einen Kampf mit der französischen Justiz. Im November soll der Berufungsprozess um überhöhte Wahlkampfkosten für seine gescheiterte Kampagne zur Wiederwahl 2012 starten. In erster Instanz wurde Sarkozy deshalb zu einem Jahr Haft verurteilt.

Die regierende Junta in Mali hat die Fluggesellschaft Air France am 11. Oktober gezwungen, ihren Plan zu überdenken, am Wochenende die seit zwei Monaten ausgesetzte Flugverbindung nach Bamako wieder aufzunehmen. Nachdem Air France am 10. Oktober mitgeteilt hatte, dass sie am Freitag über eine dritte Fluggesellschaft ihren Flugdienst zwischen den Flughäfen Paris-Charles-de-Gaulle und Modibo-Keita wieder aufnehmen werde, teilte sie der Nachrichtenagentur AFP nun mit, dass die Wiederaufnahme „aufgrund zusätzlicher Anforderungen der malischen Behörden bis auf weiteres verschoben“ sei.

Wirtschaftsminister Bruno Le Maire stellt sich gegen die Übernahme von zwei Unternehmen durch einen US-Konzern. Es handelt sich um die Unternehmen Segault und Velan, die Ausstattungen für Atom-U-Boote aber auch die französischen Atomkraftwerke von EDF herstellen. Bercy will nun ein Verfahren zur Kontrolle ausländischer Investitionen anwenden. Es wird aktiviert, wenn ein nicht-europäischer Konzern mindestens 10 % der Stimmrechte eines börsennotierten französischen Unternehmens oder 25 % eines nicht börsennotierten Unternehmens in einem Sektor erwerben will, der die Souveränität Frankreichs berührt.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war am 7. Oktober Ehrengast des Treffens der Regierungspartei Renaissance in Bordeaux.

Ursprünglich hatte Renaissance einen Austausch über Europa geplant, insbesondere mit dem Ziel, die Europawahlkampagne zu starten, doch die Veranstaltung wurde letztlich weitgehend von der sehr angespannten internationalen Lage dominiert.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	7
0	8
2	6
4	5
5	3
1	2
7	9
4	0
8	2
9	1
2	6
0	7

Franzosen gehen davon aus, dass sie die Inflation 120 Euro pro Monat kostet. Im September betrug der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresvergleich 5,6%, gegenüber 5,9% im August, wie aus den vorläufigen Daten des Statistikamts Insee hervorgeht. Laut der Umfragewerte ist der monatliche finanzielle Verlust aufgrund der Inflation in diesem Jahr erneut gestiegen. Um 7% höher als im Vorjahr, erreicht er nun im Durchschnitt 120 Euro (gegenüber 112€ im Jahr 2022). Drei Ausgabenposten fallen bei dem Kaufkraftverlust besonders schwer ins Gewicht. Zunächst der Preisanstieg bei Lebensmitteln, von dem 85 % der Franzosen betroffen sind. Dicht gefolgt von den steigenden Energiepreisen (70 %, gegenüber 63 % im Jahr 2022) und schließlich den Kraftstoffpreisen (64 %).